



## Aus der Gemeinderatssitzung vom 25. Oktober 2016

### **Traktandum 1 Information durch Nadja Lüthi betreffend Schreiben 'Erfüllung Aufnahmesoll von asylsuchenden Personen'**

Im Voraus gibt Nadja Lüthi noch ein paar allgemeine Informationen zur Sozialregion.

Sie erklärt, dass die Plenarkommission der Sozialregion den Informationsfluss genau definieren will, damit die Gemeinderäte der angeschlossenen Gemeinden in Zukunft alle die gleichen Informationen erhalten.

Für administrative Arbeiten hat die Sozialregion Wasseramt Süd eine zusätzliche Sachbearbeiterin angestellt.

Nadja Lüthi erinnert daran, dass die Leitgemeinde Gerlafingen grundsätzlich alleine Entscheide treffen könnte, ohne dass die Anschlussgemeinden darauf Einfluss hätten. Gerlafingen habe so auch gefordert, dass das Budget bei der Sozialregion um 10 % gekürzt werden müsse. Nadja Lüthi hat deshalb in der letzten Zeit versucht, dem Gemeinderat von Gerlafingen das Gebilde und die Aufgaben der Sozialregion näher zu bringen und zu erklären.

Mit Schreiben vom 7. Oktober 2016 nimmt die Sozialregion Wasseramt Süd Stellung zur Erfüllung des Aufnahmesolls von asylsuchenden Personen innerhalb der Sozialregion Wasseramt Süd.

Die Plenarkommission bestimmt aufgrund des aktuellen Zusammenarbeitsvertrages die jährliche Verteilung auf die einzelnen Gemeinden.

Dabei waren nicht alle Vertragsgemeinden in der Lage, das festgelegte Aufnahmesoll zu erfüllen. In Gemeinden welche keine Unterkünfte bereitstellen konnten hat die Plenarkommission stets versucht, geeignete und verfügbare Wohn- oder Mietobjekte zu akquirieren. Oft scheiterten diese Bemühungen an der Bereitschaft zur Vermietung oder die Finanzierungskosten lagen über den kantonalen Vorlagen.

Mit der drastischen Erhöhung des Aufnahmesolls per 2016 hat nun der Gemeinderat der Leitgemeinde Gerlafingen sich dieser Thematik angenommen. Der Gemeinderat von Gerlafingen ist einem Antrag der Ortspartei SVP gefolgt, welche sich klar dahingehend geäußert hat, dass die Gemeinde Gerlafingen nicht mehr bereit sei, die Aufnahme von asylsuchenden Personen einfach hinzunehmen.

Laut Protokollauszug vom 25.08.2016 hat der Gemeinderat entschieden, dass die Plenarkommission den Gemeinderat von Halten über geplante Massnahmen bezüglich der Verteilung der Asylsuchenden auf alle Sozialregionsgemeinden mittels Terminplan zu informieren hat.

Folgendes Vorgehen wurde festgelegt:

Massnahmen      Frist

- Stellungnahme zuhanden der Plenarkommission durch die jeweiligen Anschlussgemeinden      Ende 2016  
  betreffend der Möglichkeiten zur Erfüllung des Aufnahmesolls innerhalb der Gemeinde
- Planungs- und Budgetierungsphase      Ende 2017
- Realisierung      bis Mitte 2018

Die Plenarkommission wird bei den bisher säumigen Gemeinden eine Stellungnahme einverlangen. Es betrifft dies sämtliche Anschlussgemeinden, ausser Gerlafingen.

Die Mitarbeiter-/innen der Sozialen Dienste Wasseramt Süd stehen den betroffenen Anschlussgemeinden bei der Realisierung einer eigenständigen Gemeindelösung beratend zur Verfügung.

Die Plenarkommission ersucht die Gemeinde Halten um eine Stellungnahme wie das erwartete Aufnahmesoll von ca. 4 Personen in Zukunft innerhalb der eigenen Gemeinde erfüllt werden kann. Diese Stellungnahme wird bis Ende Jahr in schriftlicher Form erwartet.

Ein Problem beim Aufnahmesoll bestehe, wenn zum Beispiel eine Familie aufgenommen werde, die über längere Zeit bleibe. Das Aufnahmesoll sei so in den Folgejahren 0. Das Aufnahmesoll beziehe sich immer nur auf Neuaufnahmen.

Der Vermieter der bis jetzt für die Aufnahme von Asylanten genutzten Wohnung in Halten stellt diese nicht mehr zur Verfügung.

Anstelle einer bestehenden Wohnung könne auch, wie Obergerlafingen es gemacht hat, ein Pavillon zur Aufnahme von Asylsuchenden aufgestellt werden. Die Kosten für den Pavillon müsse die Gemeinde tragen, sie erhalte jedoch für den Pavillon auch den abgemachten Mietbetrag pro aufgenommenen Person.

Die vorhandenen Zivilschutzräume können nicht genutzt werden, da sie unter Tags sind und nur im äussersten Notfall zur Anwendung kämen.

Nadja Lüthi erklärt, dass zum Beispiel auch mit einem Inserat die Bevölkerung dazu ermuntert werden könne, Asylanten bei sich privat unterzubringen.



Die Gemeindeschreiberin teilt mit, dass sie jährlich eine Liste der leerstehenden Wohnung an den Bund liefern müsse. In Halten habe es kaum freie Wohnungen. Laut Nadja Lüthi könne auch eine regelmässige Liste mit den leerstehenden Wohnungen der Sozialregion übermittelt werden, damit die Vermieter kontaktiert werden können. Auch das wäre in der zu liefernden Stellungnahme ein Lösungsvorschlag.